

Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2005

Zweites Website-Ranking der Initiative eParticipation

Herausgegeben von der Initiative eParticipation

www.Initiative-eParticipation.de

bearbeitet von Marco Bräuer, Thomas Biewendt

Inhaltsangabe

1. Executive Summary.....	3
2. Demokratie mit Tastatur und Maus?.....	4
3. Unsere Studie.....	7
3.1 Methode und Vorstellung des Kriterienkataloges	7
3.2 Zuverlässigkeit des Testinstruments	12
4. Ergebnisse des Gesamtrankings	14
5. Ergebnisvergleich 2004/2005: Erkennbares Wachstum	16
6. Kategorie Adressierbarkeit und Erreichbarkeit im virtuellen Rathaus: E-Mail okay, Interaktivität ungenügend	17
7. Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit: Licht und Schatten	19
7.1 Informationsleistung der virtuellen Rathäuser: Einige gute Ansätze	19
7.2 Verständlichkeit der Informationen – Auf gutem Weg!	20
7.3 Einladung zur Meinungsäußerung: Nachholbedarf bei vielen Städten.....	21
8. Bürgerbeteiligungsangebote Online.....	21
8.1 Sieger und Ergebnisse in der Testkategorie Diskursmanagement	22
8.2 Formelle Bürgerbeteiligung: Noch kein Standard.....	25
8.3 Informelle Verfahren – Im Internet noch die Ausnahme	26
8.4 Ergebnisse in der Kategorie Einfluss auf Entscheidungen.....	26
9. Schlussfolgerungen und Empfehlungen.....	27
10. Über die Initiative eParticipation.....	30
11. Kontaktdaten und Ansprechpartner.....	30
12. Literatur	39

1. Executive Summary

Mit der Studie „Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2005“ hat die Initiative eParticipation die Internetauftritte der 82 größten deutschen Städte in Sachen Bürgerbeteiligung im Internet getestet. Spitzenreiter in unserem Ranking ist Berlin, gefolgt von Essen, München, Augsburg, Frankfurt am Main und Hamburg.

Die Städte Mainz, Moers und Nürnberg sind die Spitzenreiter in der Kategorie Adressierbarkeit und Erreichbarkeit im virtuellen Rathaus: Hier bieten sich Möglichkeiten mit den Verantwortlichen per Chat oder Forum zu kommunizieren. Die besten Informationen zur Stadtpolitik bieten Berlin, Essen, Freiburg, Hamburg, Kiel und München. Die Städte Berlin, Essen, Osnabrück, Stuttgart und Trier boten im Untersuchungszeitraum im Durchschnitt die besten Online-Bürgerbeteiligungsverfahren an. In Augsburg, Berlin, Essen, Osnabrück und Regensburg wurde den Bürgerinnen und Bürgern der Einfluss ihrer Anregungen auf die Entscheidung im Durchschnitt am deutlichsten gemacht.

Im Vergleich mit den Ergebnissen der Studie aus 2004 ist ein deutliches Wachstum im Punktedurchschnitt erkennbar – und das obwohl der diesjährige Kriterienkatalog die Messlatte an einigen Stellen höher hängt. Dennoch: Die deutschen Großstädte sind noch weit davon entfernt echte E-Partizipation-Metropolen zu sein. Die positiven Chancen von E-Partizipation zu mehr Bürgernähe und Bürgerzufriedenheit werden noch lange nicht umgesetzt.

Die Initiative ist ein Zusammenschluss von innovativen Firmen und wissenschaftlichen Institutionen. Die Gründer dieser Initiative sehen das Potenzial für die Beteiligung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure mit Hilfe des Internets und gestalten unterschiedliche Entwicklungen aktiv mit. Die Initiative verbindet mit dem Begriff „Bürgerbeteiligung“ einen hohen Anspruch. So spricht die Initiative erst von Bürgerbeteiligung, wenn die Anregungen der Bürger/innen erkennbar in den Entscheidungsprozess mit einfließen. Das alleinige Bereitstellen von politischen Diskussionsforen oder der Einsatz von „Ratsinformationssystemen“ stellt so gesehen noch keine aktive Bürgerbeteiligung dar.

2. Demokratie mit Tastatur und Maus?

Das Internet und die aus ihm hervor gegangenen neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten haben enorme Potenziale zur Förderung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Dabei werden vor allem internetgestützten Bürgerbeteiligungsverfahren positive Wirkungen zugeschrieben: Die Qualität und Akzeptanz von Entscheidungen werden durch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Dialog- und Entscheidungsprozessen vergrößert. Es entsteht eine Partnerschaft zwischen Politik/Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern, die Vertrauen schafft und letztlich verbreitete Vorbehalte und Politikverdrossenheit abbaut. So lautet, verkürzt zusammenfasst, die Vision einer besseren Demokratie mit Tastatur und Maus.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: In der Bundesrepublik Deutschland stand bislang vor allem die Verwaltungsmodernisierung (E-Administration) im Vordergrund, wenn es um den positiven Einfluss neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) ging. In diesem Zusammenhang werden die demokratischen Aspekte zwar genannt, der Fokus liegt allerdings eindeutig auf der Modernisierung von Verwaltungsabläufen. Integrierende Ansätze, wie das „Balanced E-Government“ der Bertelsmann-Stiftung betonen, dass größere Transparenz und mehr Teilhabe an politischen Entscheidungen eine ebenso gewichtige Rolle für eine erfolgreiche Modernisierung der Verwaltung spielen. Offensichtlich ohne große praktische Resonanz.¹ Der Hauptgrund für dieses Ungleichgewicht liegt in der Anreizsituation: Verspricht die E-Administration Effizienzsteigerung und Kostensenkung, stellt E-Democracy „lediglich“ Bürgerzufriedenheit in Aussicht. Die Menschen warten darauf, mehr Einfluss auf Entscheidungen zu bekommen. Nur wenn Politiker ihre Position in Gefahr sehen, wird es einen konkreten Anreiz geben, sich auf aufwendige E-Democracy-Projekte einzulassen. So lange E-Democracy vor allem mit Mehraufwand und Angst vor dem Verlust von Entscheidungskompetenzen verbunden wird, wird die immer wieder festgestellte und beklagte Schieflage zwischen E-Administration und E-Democracy wohl weiter bestehen.²

Dabei gibt es viel versprechende Modellprojekte Elektronischer Bürgerbeteiligung in den deutschen Kommunen. Den Kommunen wird für die demokratische Kultur eine bedeutende Rolle zugeschrieben: Sie sind der Ort, an dem politische Entscheidungen am unmittelbarsten empfunden werden. Bürgerinnen und Bürger fordern auf diesem Gebiet mehr basisdemokratische Mitbestimmung.

¹ vgl. Hart/Pflüger (2004), S. 7.

² vgl. Hart (2004), S. 49f.

Leider fehlen Überblicksstudien, die den Verbreitungsgrad quantitativ erfassen. Mit der Studie „Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2004“ der Initiative eParticipation wurde in Form einer Rankingstudie in 2004 ein erster systematischer Blick auf die Vielfalt und Verbreitung Elektronischer Bürgerbeteiligung in den 37 größten deutschen Kommunen geworfen.³ Mit einer weiteren Studie haben wir in diesem Jahr alle 82 deutschen Großstädte mit einem überarbeiteten Kriterienkatalog getestet.

Jenseits idealistischer Visionen einer neuen, elektronischen Demokratie gibt es gute Gründe, die für E-Partizipation sprechen:

Das Internet ist kein exotischer Raum, sondern Alltagsmedium

Mehr als die Hälfte der Deutschen sind Internetnutzer. Dabei beträgt die tägliche Nutzungsdauer bereits durchschnittlich 73 Minuten. Für die unter 29 Jährigen ist das Internet bereits Normalität.⁴ Aber auch bei den Älteren sind die Zuwachsraten derzeit sehr hoch.⁵ Das Internet hat seinen vormals „anarchischen Reiz“ zum Großteil verloren. Die Deutschen erledigen ihre Bankgeschäfte Online, finden ihren Job, ihren Lebenspartner oder ihre Lebenspartnerin über das Internet und halten sich über das Weltgeschehen auf dem Laufenden. Das Internet ist seinen Kinderschuhen entwachsen. Die meisten Bundesbürger sind sich darin einig, dass eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohne das Internet schwieriger geworden ist.

Das Internet ist kein fremdes Medium mehr. Internetnutzung ist so selbstverständlich, wie das Lesen einer Zeitung oder Radiohören. Insofern trifft E-Partizipation auf fruchtbaren Boden. Aus diesen Gründen ist es nicht mehr zeitgemäß, wenn sich Bürgerinnen und Bürger nicht an der Bauleitplanung ihrer Kommune bequem über das Internet beteiligen können.

Bürgerbeteiligung ist mehr als der Gang zur Wahlurne

Immer weniger Bürgerinnen und Bürger geben sich mit dem Wahlgang oder einem klassischen Engagement in einer Partei oder einem Verein zufrieden. Auf der anderen Seite steht dem ein gestiegenes Interesse an anderen Formen politischer Beteiligung entgegen. Gerade auf kommunaler Ebene ist der Wunsch nach basisdemokratischer Mitbestimmung besonders groß.⁶ Bürgerinnen und Bürger möchten sich betroffenenorientiert, kontextabhängig und möglichst informell beteiligen.⁷ Dabei wollen sie ihre Anregungen in den Entscheidungsprozess einbezo-

³ Die Studie kann unter <http://www.initiative-eParticipation.de> herunter geladen werden.

⁴ vgl. AGOF (2005), S. 8.

⁵ vgl. Van Eimeren/Frees (2005), S. 365.

⁶ vgl. Hart (2004), S. 49.

⁷ vgl. Baumann/Detlefsen/Iversen/Vogelsang (2004), S. 15ff.

gen sehen.⁸ Hier bieten die Möglichkeiten des Internets eine Basis: Informations-, Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten können auf einer medialen Plattform gebündelt und strukturiert werden.

Politik und Verwaltung profitieren von E-Partizipation

Politik und Verwaltung können durch E-Partizipation neues Wissen über die Auswirkungen von Entscheidungen erhalten. Dadurch werden Beratungs- und Entscheidungsprozesse verbessert.⁹

Internetgestützte Beteiligungsangebote haben zusätzlich Vorteile. Diese sind per se auf ihre medialen Eigenschaften zurück zu führen. Neue Zielgruppen können gewonnen werden. So ist es eine Herausforderung, Jugendliche und junge Erwachsene wieder aktiv für Politik zu gewinnen. Hierbei sind internetgestützte Informations-, Kommunikations- und Partizipationsangebote besonders geeignet, da sie ihrem medialen Alltag entsprechen. In der Anonymität liegt die Chance, dass soziale Hemmungen keine Rolle spielen. Soziale Schranken werden einfacher überwunden und auch zurückhaltende Menschen können selbstbewusster agieren als auf Präsenzveranstaltungen. Durch die Textbasiertheit bleibt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mehr Zeit, ihre Beiträge zu formulieren. Alle Beiträge liegen schriftlich vor, was erstens Reaktionen anderer herausfordert. Zweitens sind die Ergebnisse auch leichter auszuwerten.

Hemmende Faktoren überwinden

E-Partizipation ist ein anspruchsvolles Unterfangen. Beteiligungsverfahren müssen dauerhaft in den Verwaltungsalltag integriert werden. Die dazu notwendigen Strukturen sind häufig noch nicht vorhanden. In der Verwaltung fehlt die Anreizsituation, E-Partizipationsprojekte durchzuführen. Darüber hinaus gibt es auch Unsicherheit bei den Zuständigkeiten. In den letzten Jahren haben sich Kommunen immer häufiger am Leitbild des „Dienstleistungsunternehmens“ orientiert. Kommunen sehen sich als wirtschaftlich arbeitende Unternehmen. Dieses Leitbild ist geeignet, die Verwaltungsmodernisierung einzuleiten. Der notwendige Mehraufwand für mediengestützte Bürgerbeteiligung wird durch dieses Leitbild nicht abgebildet. Die Forderung nach mehr Effizienz kollidiert in diesem Feld mit der Forderung nach mehr Demokratie.¹⁰

Auf der anderen Seite sind in vielen Kommunen viele Initiativen und Aktionen für mehr Demokratie zu beobachten, wie zum Beispiel das CIVITAS-Netzwerk. Diese positiven Entwicklungen

⁸ vgl. Becker/Dopfer (2005), S. 8.

⁹ vgl. Märker/Trénel/Poppenburg (2003), S. 18.

¹⁰ vgl. Becker/Dopfer (2005), S. 6ff.

müssen in die Breite getragen werden.¹¹

Rahmen und Definition für unsere Studie

Im Rahmen unserer Studie wird Partizipation als Teilhabe der Bürger an politischen Entscheidungen betrachtet. Unter politischer Beteiligung/Partizipation werden jene Tätigkeiten verstanden, die der Bürger/die Bürgerin freiwillig unternimmt um politische Entscheidungen zu beeinflussen. Mit der vorliegenden Studie haben wir uns mit E-Partizipation auf der kommunalpolitischen Ebene beschäftigt und dabei die Beziehung zwischen Entscheidungsträgern und den Bürgerinnen und Bürgern beleuchtet. Partizipation ist gerade auf lokaler Ebene „Betroffenenbeteiligung“: Bürger/innen, die durch Verwaltungsentscheidungen betroffen werden, erhalten Diskursrechte und Mitwirkungsrechte, bis hin zu Mitentscheidungsrechten, beispielsweise bei der Bauleitplanung. Finden partizipative Kommunikationsprozesse via Internet statt, so heißt hier der übergeordnete Begriff "E-Partizipation". Die Definition für unsere Studie lautet:

„Unter E-Bürgerbeteiligung werden jene Elemente der Bürgerbeteiligung betrachtet, die eine aktive Teilhabe an politischen Diskurs- und Entscheidungsprozessen mit Hilfe des Internets ermöglichen.“

Dieses Verständnis von E-Bürgerbeteiligung fordert einerseits ein (1) umfassendes Informationsangebot voraus. Darauf aufbauend sind (2) Instrumente notwendig, die eine aktive Teilhabe ermöglichen (z.B. Webformulare, Foren, Chats). Letztendlich werden sich Bürgerinnen und Bürger von solchen Angeboten abwenden, wenn ihnen nicht in Aussicht gestellt wird, dass (3) ihre Anregungen in den Entscheidungsprozess einfließen. Auf diesen drei Forderungen basiert der Kriterienkatalog für die Studie. Die Methode und die Testkriterien werden im folgenden Kapitel vorgestellt.

3. Unsere Studie

Die diesjährige Studie basiert auf der Untersuchung des Jahres 2004. Die forschungsleitende Fragestellung lautet, ob, in welchem Umfang und in welcher Qualität E-Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten angeboten wird.

3.1 Methode und Vorstellung des Kriterienkataloges

Als Methode zur Untersuchung von E-Bürgerbeteiligung bietet sich die erprobte Ranking-Studie

¹¹ CIVITAS im Internet: <http://www.buergerorientierte-kommune.de>

in Form eines Webtests an. Durch behutsame Veränderungen am Kriterienkatalog zum letzten Jahr ist es möglich, Entwicklungen im zeitlichen Verlauf zu verfolgen. Die maximal zu erreichende Punktzahl stellt eine „Best Practice“ dar und beschreibt damit das aus unserem Ansatz folgende „ideale“ Internetangebot für E-Partizipation. Im Unterschied zum letzten Jahr wurden deutsche Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern (Studie 2004: < 200.000) ausgewählt. Basis waren die aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes vom 31.12. 2004. Die repräsentative Grundgesamtheit vergrößerte sich damit auf 82 Städte.

Für den Test war pro Site ein Zeitaufwand von etwa zwei Stunden vorgesehen. Der Tester sollte sich jeweils in die Lage eines Bürgers versetzen, der sich über das politische Geschehen seiner Stadt informieren möchte und an konkreten, aktuellen Beteiligungsprojekten teilnehmen will. Der Test fand im Zeitraum vom 28.09.2005 bis zum 31.10.2005 statt.

- | | | |
|------------------------|-------------------|---------------------|
| • Aachen | • Halle (Saale) | • Neuss |
| • Augsburg | • Hamburg | • Nürnberg |
| • Bergisch Gladbach | • Hamm | • Oberhausen |
| • Berlin | • Hannover | • Offenbach am Main |
| • Bielefeld | • Heidelberg | • Oldenburg |
| • Bochum | • Heilbronn | • Osnabrück |
| • Bonn | • Herne | • Paderborn |
| • Bottrop | • Hildesheim | • Pforzheim |
| • Braunschweig | • Ingolstadt | • Potsdam |
| • Bremen | • Jena | • Recklinghausen |
| • Bremerhaven | • Karlsruhe | • Regensburg |
| • Chemnitz | • Kassel | • Remscheid |
| • Cottbus | • Kiel | • Reutlingen |
| • Darmstadt | • Koblenz | • Rostock |
| • Dortmund | • Köln | • Saarbrücken |
| • Dresden | • Krefeld | • Salzgitter |
| • Duisburg | • Leipzig | • Siegen |
| • Düsseldorf | • Leverkusen | • Solingen |
| • Erfurt | • Lübeck | • Stuttgart |
| • Erlangen | • Ludwigshafen | • Trier |
| • Essen | • Magdeburg | • Ulm |
| • Frankfurt am Main | • Mainz | • Wiesbaden |
| • Freiburg im Breisgau | • Mannheim | • Witten |
| • Fürth | • Moers | • Wolfsburg |
| • Gelsenkirchen | • Mönchengladbach | • Wuppertal |
| • Gera | • Mühlheim | • Würzburg |
| • Göttingen | • München | |
| • Hagen | • Münster | |

Abbildung 1: Aufzählung der Städte

Ausgangspunkt jedes Testens ist die jeweilige Website der Stadt. Der Testbogen besteht aus zwei Teilen. Zunächst werden in einem ersten Teil die elektronische Adressierbarkeit der Entscheidungsträger einer Stadt, sowie Bürgerinformation und Verständlichkeit untersucht. Insgesamt können in diesen beiden Hauptkategorien 28 Punkte erreicht werden. Der zweite Teil des Testinstruments untersucht alle konkreten Beteiligungsangebote im Internet einer Stadt. Hierbei werden formelle und informelle Verfahren unterschieden. Dieser zweite Teil ist in die Kategorien „Diskursmanagement“ und „Einfluss auf Entscheidungen“ differenziert. Für die Beteiligungsangebote können maximal 27 Punkte vergeben werden. Für das Gesamtranking ergibt sich demnach eine Summe von 55 Punkten. Einen Überblick über das Testinstrument gibt die folgende Abbildung.

Das Testinstrument im Überblick

Beurteilung der Adressierbarkeit und Information/Verständlichkeit		
Adressierbarkeit im virtuellen Rathaus	Erreichbarkeit Kommunikationskanäle	9
Bürgerinformation und Verständlichkeit	Information OB/Verwaltung und Stadtrat Verständlichkeit der Informationen Einladung zu Meinungsäußerungen	19
Beurteilung der Beteiligungsangebote		
Diskursmanagement	Interaktionstiefe der Partizipation Diskursarchitektur Online-Verfügbarkeit der Informationen Verfahrenstransparenz Feedback Benutzerfreundlichkeit	18
Einfluss auf Entscheidungen	Umgang mit Ergebnissen Relevanz Ansprechpartner	9
Summe Gesamtranking		55

Abbildung 2: Der Kriterienkatalog im Überblick

Im Folgenden sollen die einzelnen Kategorien ausführlicher erläutert werden. Um als interessierter Bürger überhaupt über das Internet mit kommunalen Entscheidungsträgern Kontakt

aufnehmen zu können, müssen diese adressierbar und erreichbar sein.¹² Die **Adressierbarkeit im virtuellen Rathaus** ist somit eine grundlegende Voraussetzung für E-Bürgerbeteiligung. Sie wird in dieser Studie in folgende Kriterien gegliedert: Einerseits spielt eine Rolle, welche Entscheidungsträger erreichbar sind (Bürgermeister, Stadtverwaltung, Stadtrat). Zumindest die Möglichkeit, sich an eine zentrale Kontaktadresse wenden zu können, muss gegeben sein. Als zweites Kriterium können die Kanäle betrachtet werden, über die die Entscheidungsträger erreichbar sind (per Formular und/oder E-Mail oder andere). Während E-Mails und Formulare nur den Modus one-to-one ermöglichen, zeichnen sich Chats und Foren durch einen höheren Grad an Interaktivität aus (many-to-one, many-to-many).

Allein die Tatsache, dass die relevanten Entscheidungsträger adressierbar sind, gibt noch keinen Hinweis darauf, ob die Entscheidungsträger Bürger/innen ermutigen, sich aktiv an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Grundvoraussetzung für E-Bürgerbeteiligung ist, dass den Bürgern Informationen zu politischen und administrativen Aktivitäten der Stadt bereitgestellt werden¹³. Daher gibt die Rubrik „**Bürgerinformation und Verständlichkeit**“ Auskunft darüber, wie Informationen zur lokalen Politik präsentiert werden und wie empfänglich Entscheidungsträger für Anregungen sind. Dabei wird die jeweilige Informationsleistung der Stadtspitze und des Stadtrates untersucht. Hierbei steht im Vordergrund, ob Informationen über die politische Struktur und den rechtlichen Rahmen (Stadtrecht, Verordnungen) gegeben werden. Mindestens genauso wichtig sind auch Informationen zur aktuellen politischen Agenda des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin und zu in naher Zukunft anstehenden Projekten und Vorhaben. Der Sitzungskalender, die Tagesordnungen und Protokolle der Rats- und Ausschusssitzungen, also das in vielen Kommunen schon im World Wide Web angebotene Ratsinformationssystem, wird ebenfalls unter die Lupe genommen.

Doch neben der reinen Informationsleistung sollten diese Informationen auch in allgemeinverständlicher Weise formuliert werden.¹⁴ Deshalb wurde die Dimension Verständlichkeit der Information entwickelt. Eine bürgernahe Aufbereitung der Information fordern nicht nur Experten, sondern auch die Bürger/innen selbst. Denn häufig ertrinkt die Bürgerin/der Bürger im Informationsfluss. Die Verwendung von „Expertensprache“ erleichtert Bürgerbeteiligung kaum und steigert ganz sicher nicht die Transparenz von Politik. Um die Navigation und Suche zu er-

¹² Die Adressierbarkeit ist eine der Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern, vgl. Wienhöfer/Kastelholz/Geyer (2002), S. 12; Ein direkter Zugriff zu allen relevanten Ansprechpartnern per E-Mail, Webformular und die Möglichkeit zur Debatte via Foren oder Chatrooms wird empfohlen, vgl. Bertelsmann Stiftung (2001), S. 6.

¹³ Ein Hauptmotiv für Bürgerbeteiligung ist laut Befragungsergebnissen „besser informieren“ und „immer auf dem aktuellen Stand sein“, vgl. Becker/Dopfer, (2004), S. 12.

¹⁴ Bürgerinnen und Bürger halten die Expertensprache unverständlich und fordern eine bürgergerechte Aufbereitung, vgl. Wienhöfer/Kastelholz/Geyer (2002), S. 12 und 17. Auch Coleman und Götze fordern eine allgemein verständliche Sprache, vgl. Coleman/Götze (2001), S. 23.

leichtern, halten wir es ebenso für unumgänglich, ein einheitliches Layout und eine einheitliche Strukturierung der Information der Website und ihrer Angebote vorzufinden. Als letzte Dimension untersuchten wir, ob eine Einladung zur Meinungsäußerung stattfindet oder nicht. Wenn die notwendigen Informationen im Internet verfügbar sind, dann sollten die Entscheidungsträger die Bürger/innen auch tatsächlich einladen, ihre Meinung zu äußern oder Anregungen zu machen.

In der Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit sind maximal 19 Punkte zu vergeben, auf die Adressierbarkeit im virtuellen Rathaus entfallen bei einer „Best Practice“ 9 Punkte.

Im zweiten Teil des Webtests werden die jeweils im Untersuchungszeitraum aktuellen Beteiligungsangebote der Städte getestet. Dabei unterscheiden wir zwischen formellen (z.B. Bauleitplanung) und informellen (konsultative Verfahren) Beteiligungsverfahren. Falls beide Verfahren bei der Datenauswertung vorhanden sind, gehen sie gleichberechtigt durch die Bildung eines Mittelwertes in das Ranking ein. Für die Beurteilung der Beteiligungsangebote wurden verschiedene Kriterien entwickelt, die sich zwei Hauptkategorien zuordnen lassen. Eine erste ist die Kategorie **Diskursmanagement**. In ihr wird untersucht, ob und wie Bürgerbeteiligung auf der Website angeboten wird. Dabei spielen verschiedene Unterdimensionen eine wichtige Rolle. Die Interaktionstiefe der Partizipation gibt den Grad an, mit dem sich Bürger an einem bestimmten Partizipationsangebot beteiligen können. Beginnend mit einer alleinigen Information zu einer „klassisch“ stattfindenden Bürgerbeteiligung, erstreckt sich die mögliche Interaktionstiefe bis hin zur Verknüpfung einer Präsenzveranstaltung mit Online-Diskussionsforen, Chats oder Online-Konferenzen. Da wir jedoch vorrangig E-Bürgerbeteiligung untersuchen, wird die volle Punktzahl bei einer interaktiven Online-Methode vergeben. Den Autoren der Studie ist bewusst, dass Präsenzveranstaltungen für die Demokratie einer Stadt eine wichtige Rolle spielen. Deshalb kann ein Angebot ebenfalls die Höchstpunktzahl erreichen, wenn eine Online-Konsultation mit einer Präsenzmethode verknüpft wird. Ebenso wichtig für ein professionelles Diskursmanagement ist es, dass diese Verfahren moderiert werden, ein klares Regelwerk erkennbar wird¹⁵ und den Bürger/innen auch alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere wichtige Kategorie ist die Verfahrenstransparenz.¹⁶ Sie misst, ob der Hintergrund der Beteiligung ausreichend dargestellt wird. Durch die W-Fragen (Was?, Wer? ...) sollten die Initiatoren, die Legitimation, die Art des gewählten Verfahrens, der Anlass und die Dauer angesprochen werden. Wichtig ist auch, ob die Bürgerin/der Bürger ein Feedback für

¹⁵ vgl. Coleman/Götze (2001), S. 6.

¹⁶ Transparenz ist eine der Hauptforderungen der Bürger/innen an elektronische Bürgerbeteiligung vgl. Becker/Dopfer (2004), S. 12; vgl. Wienhöfer/Kastenholz/Geyer (2002), S. 12.

ihre/seine Anregungen bekommt. Die Kategorie misst demnach, ob Bürger/innen darauf hingewiesen werden, dass sie auf ihre Beiträge eine Antwort erhalten. Eine abschließende Kategorie des professionellen Diskursmanagements ist die Benutzerfreundlichkeit. In ihr geht es darum, dem Nutzer (v. a. den ungeübten) eine einheitliche Struktur anzubieten und innerhalb der Beteiligungsangebote einen hohen Wiedererkennungswert zu ermöglichen. Zudem kann eine mangelhafte Hilfestellung bzw. ein nicht vorhandener technischer Support ein Hinderungsgrund für Bürgerbeteiligung sein. Hinweise auf Ladezeiten, praktische Anweisungen oder ein Support in Form von FAQs durchbrechen diese Barrieren.

Die abschließende Dimension **Einfluss auf Entscheidungen**¹⁷ misst, ob der Bürger informiert wird, wie seine Beiträge in den Entscheidungsprozess eingehen. Diese zentrale Dimension untersucht einerseits, ob und wie der Umgang mit den Ergebnissen dargestellt wird und andererseits, ob ein Feedback nach der Entscheidung an die Teilnehmer angekündigt wird. Mit dem Konkretisierungsgrad der Fragestellung wird beurteilt, ob das Beteiligungsangebot tatsächlich für den Entscheidungsprozess relevant ist oder ob die Beiträge eher einer „Pseudobeteiligung“ zugerechnet werden können. Ergänzt wird die Betrachtung der Relevanz durch das Vorhandensein der Adressen von Ansprechpartnern bei weiteren Fragen.

Die maximale Punktzahl in der Kategorie Professionelles Diskursmanagement beträgt 18 Punkte. Beim Einfluss auf Entscheidungen sind 9 Punkte erreichbar. Die maximale Punktzahl bei der Beurteilung der Beteiligungsangebote beträgt demnach 27 Punkte. Insgesamt waren damit für eine Stadt 55 Punkte zu erreichen.

3.2 Zuverlässigkeit des Testinstruments

Zwei erfahrene Internetnutzer haben das Website-Ranking über 82 Städte durchgeführt. Ein wichtiges Augenmerk lag auf der Zuverlässigkeit des Testens. Dabei kann die Zuverlässigkeit des Rankings (Reliabilität) als die übereinstimmende Codierung gleicher Inhalte von, in diesem Fall, zwei Testern angesehen werden. Das heißt jeder Tester hat stichprobenartig auch Städte des jeweils anderen im Laufe der Datenerhebung untersucht. Um die Abweichungen in den Bewertungen der einzelnen Kategorien so gering wie möglich zu halten, wurden verschiedene Vorkehrungen getroffen. Zunächst wurde der Kriterienkatalog gemeinsam entwickelt und es fand ein umfangreicher Pretest statt. Darauf basierend wurden konkrete Testeranweisungen formuliert und Änderungen am Kriterienkatalog vorgenommen, unklare oder schwer zu bewertende Kategorien wurden dadurch deutlich reduziert. Eine ausführliche Codiererschulung run-

¹⁷ Der Einfluss auf Entscheidungen ist ein weiteres Anliegen von Bürger/innen: „dass die Anregungen der Bürger erkennbar in die Planung aufgenommen werden“, vgl. Becker/Dopfer (2004), S. 12.

dete die Vorbereitung auf das Testen ab. Während des Testvorgangs standen die beiden Tester in intensiven Kontakt und begleiteten das Codieren durch ein Qualitätsmonitoring. Durch diese Maßnahmen konnten Abweichungen im Testverhalten kontinuierlich verringert werden. In völliger Gänze sind sie selbstverständlich nicht auszuschließen. Strenge Reliabilitätskriterien gelten vorrangig für rein quantitative Inhaltsanalysen. Das Website-Ranking wird einer ausschließlichen Quantifizierung nicht gerecht. Indem der Tester während der Codierung Punkte vergibt und eine Rangfolge festlegt, werden qualitative (bewertende) Aspekte stark angesprochen. Eine völlige Übereinstimmung ist aus diesen Gründen utopisch, in wissenschaftlichen Inhaltsanalysen gelten Werte mit einer Übereinstimmung von über 70% - 80% als methodisch ausreichend und gelungen. Umso erstaunlicher die hohe Übereinstimmung unseres Testes über die Zuverlässigkeit. Gründe dafür liegen in den oben erwähnten Maßnahmen zur Absicherung der Zuverlässigkeit.

Die Übereinstimmung der im Reliabilitätstest codierten Städte liegt im Durchschnitt bei 93%. Die geringste Übereinstimmung der Gesamtwerte einer Stadt lag bei 88%, bei einer Stadt gab es eine 100% Übereinstimmung. Aber auch innerhalb der jeweiligen Kategorien Adressierbarkeit, Bürgerinformation, Professionelles Diskursmanagement und Einfluss auf Entscheidungen hatten die Tester keine geringere Übereinstimmung als 82%, mehrheitlich lag sie bei über 90%. Somit sind auch alle einzelnen Kategorien völlig zuverlässig und unter methodischen Gesichtspunkten ist das notwendige, wenn auch nicht hinreichende Kriterium der Reliabilität für die methodische Güte der Studie erfüllt.

4. Ergebnisse des Gesamtrankings

In das Gesamtranking der Studie gingen 73 der 82 getesteten Städte ein.¹⁸ Um die Ergebnisse des Gesamtrankings zu ordnen, wurden jeweils Gruppen gebildet. Die Spitzengruppe bilden jene Städte, die mehr als 50% der möglichen Punktzahl erzielten. In das Mittelfeld rutschten jene Städte, die mehr als 25% der möglichen Punktzahl erhielten. Nachzügler werden im Folgenden Städte genannt, die weniger als 25% der möglichen Punkte erreichten.

Ergebnisse des Gesamtrankings auf einen Blick

Spitzengruppe		
• Aachen	• Essen	• Mülheim an der Ruhr
• Augsburg	• Frankfurt am Main	• München
• Berlin	• Freiburg im Breisgau	• Osnabrück
• Cottbus	• Fürth	• Pforzheim
• Dortmund	• Hamburg	• Regensburg
• Düsseldorf	• Krefeld	• Stuttgart
• Duisburg	• Leipzig	• Trier
• Erlangen	• Moers	
Mittelfeld		
• Bochum	• Hannover	• Mainz
• Bonn	• Heilbronn	• Mannheim
• Bottrop	• Hildesheim	• Münster
• Bremen	• Ingolstadt	• Oberhausen
• Bremerhaven	• Jena	• Offenbach am Main
• Darmstadt	• Kassel	• Remscheid
• Dresden	• Koblenz	• Reutlingen
• Göttingen	• Köln	• Rostock
• Hagen	• Leverkusen	• Solingen
• Halle	• Lübeck	• Witten
• Hamm	• Ludwigshafen	• Wuppertal
Nachzügler		
• Bergisch Gladbach	• Herne	• Saarbrücken
• Bielefeld	• Magdeburg	• Siegen
• Chemnitz	• Mönchengladbach	• Ulm
• Erfurt	• Oldenburg	• Wolfsburg
• Gelsenkirchen	• Potsdam	• Würzburg
• Gera	• Recklinghausen	

Tabelle 1: Ergebnisse des Gesamtrankings

Berlin ist auch in diesem Jahr Sieger im Gesamtranking. Berlin besticht durch ein umfassendes Informationsangebot. Es gibt ein Stadtforum, auf dem sich Bürger/innen und Besucher/innen über (stadtpolitische) Themen austauschen können. Auch in Sachen Bürgerbeteiligung war in

¹⁸ Ausgenommen sind jene Städte, die zum Zeitpunkt der Datenerhebung keine Bürgerbeteiligungsangebote über das Internet anboten, bei denen allerdings ersichtlich war, dass sonst sehr wohl Angebote z.B. im Rahmen der Bauleitplanung oder Flächennutzungsplanung präsentiert werden. Um diese Städte nicht zu benachteiligen, wurden sie aus dem Gesamtranking herausgenommen. Es handelt sich hierbei um die Städte Nürnberg, Karlsruhe, Wiesbaden, Braunschweig, Kiel, Neuss, Heidelberg, Paderborn und Salzgitter. Städte die weder momentan noch in der Vergangenheit Bürgerbeteiligungsangebote präsentierten, werden im Gesamtranking geführt, da dies ihr tatsächliches Angebot, unabhängig vom Erhebungszeitraum, repräsentiert.

Berlin im Untersuchungszeitraum einiges los: Anregungen zu aktuellen Bauleitplanungsverfahren konnten mit einem Formular vorgebracht werden. Auch gab es einen Online-Dialog zum Gleisdreieck, einem städtebaulichen Projekt im Herzen Berlins. Zusätzlich wurde noch ein umfassendes Bürgerbeteiligungsangebot, der Bürgerhaushalt Lichtenberg, gefunden.

Doch neben dem Lob für Berlin gibt es auch deutliche Kritikpunkte. Alle Informationen sind zwar verfügbar, doch wird die Auffindbarkeit durch eine enorme Informationsfülle auf den Seiten erschwert. Außerdem muss sich der Nutzer durch abenteuerliche Navigationsstrukturen bewegen. Diese Kritik gilt nicht nur für Berlin. In vielen der untersuchten Städte sind die Navigation und die Auffindbarkeit noch nicht zufrieden stellend gelöst.

Der Mittelwert aller getesteten und in das Gesamtranking übernommenen Städte liegt bei 22,2 Punkten. Davon deutlich abheben konnte sich die Top 10. Die folgende Abbildung listet die Top 10-Städte im Gesamtranking nach ihrer Punktzahl auf.

Top 10 des Gesamtrankings

1	Berlin	43,9
2	Essen	41
3-4	München	35
	Augsburg	35
5-6	Frankfurt am Main	34
	Stuttgart	34
7	Hamburg	32,3
8-10	Duisburg	32
	Düsseldorf	32
	Freiburg im Breisgau	32

Tabelle 2: Top 10 im Gesamtranking

Da der Gesamtüberblick nur ein grobes Bild der vielfältigen Internetauftritte der getesteten Städte widerspiegelt, sollen, nachdem ein Vergleich mit dem Vorjahr dargestellt wird, die Ergebnisse der einzelnen Dimensionen im Ranking vorgestellt und analysiert werden.

5. Ergebnisvergleich 2004/2005: Erkennbares Wachstum

Im Jahr 2004 wurden alle Großstädte getestet, die mehr als 200.000 Einwohner haben. Im direkten Vergleich der Städte, die auch im Vorjahr getestet worden, ist ein „hohes“ Wachstum auf niedrigem Niveau erkennbar. Der Mittelwert stieg von 22,6 auf 24,8 Punkte, einem Wachstum von rund 9%.

Dieses Ergebnis ist erfreulich. Durch den veränderten Kriterienkatalog, der in den Basiskategorien Adressierbarkeit im virtuellen Rathaus und Bürgerinformation und Verständlichkeit die Messlatte noch höher anlegt als im Vorjahr, war es für die Städte insgesamt schwerer zu punkten. Verschiebungen sind auch aufgrund des Charakters einer Momentaufnahme nicht überraschend.

Eine positive Entwicklung stellten wir bei Freiburg fest. So machte sie Stadt einen großen Sprung von der Nachzüglergruppe direkt in die Spitzengruppe. Allerdings müssen wir folgende Einschränkung machen: In Freiburg konnte auch dieses Jahr keine E-Mail an den Oberbürgermeister geschickt werden. In die Spitzengruppe sind außerdem Aachen, Augsburg, Dortmund und Leipzig aufgestiegen. In der Abbildung 3 sind die Spitzengruppen aus 2005 und 2004 gegenüber gestellt. Zur Spitzengruppe werden jene Städte gezählt, die mehr als 50% der maximalen Punktzahl erhielten.

Vergleich der Spitzengruppen 2004/2005

Spitzengruppe 2004		
• Berlin	• Düsseldorf	• Krefeld
• Bochum	• Essen	• Lübeck
• Braunschweig	• Frankfurt	• München
• Dresden	• Hamburg	• Stuttgart
• Duisburg	• Kiel	

Spitzengruppe 2005		
• Aachen	• Düsseldorf	• Krefeld
• Augsburg	• Essen	• Leipzig
• Berlin	• Frankfurt	• München
• Dortmund	• Freiburg	• Stuttgart
• Duisburg	• Hamburg	

Tabelle 3: Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Ranking 2004

6. Kategorie Adressierbarkeit und Erreichbarkeit im virtuellen Rathaus: E-Mail okay, Interaktivität ungenügend

In dieser Kategorie wurde der Katalog etwas strenger im Vergleich zum Vorjahr, da davon ausgegangen werden kann, dass die elektronische Adressierbarkeit an kommunale Politiker und Verwaltungsspitzen mittlerweile eine Selbstverständlichkeit ist. Die Kommunikation über E-Mails und Formulare ist Standard, fast alle Städte bieten diese Art des Kontakts zu den Entscheidungsträgern der Stadt an. Nur die Städte Hamm, Gera, Paderborn und Trier haben hier noch Nachholbedarf. Die Messlatte, um ein gutes Ergebnis zu erreichen, wurde jedoch höher gelegt. So kann allein mit E-Mail Kommunikation nur ein mittlerer Punktwert erreicht werden. Nur durch Interaktivität kann eine Stadt bzw. ihre Website ein überdurchschnittliches Resultat erzielen. Allerdings werden interaktive Kommunikationsangebote, wie Chats, Foren oder Online-Konferenzen kaum angeboten. Dadurch haben fast alle Städte nur befriedigend abgeschnitten. Der Mittelwert der untersuchten Städte lag bei 4,2 von möglichen 9 Punkten. Um eine überdurchschnittliche Punktzahl in der Kategorie Adressierbarkeit zu erreichen, mussten ebenso interaktive Kommunikationselemente nutzbar sein.

Nürnberg	6
Mainz	6
Moers	6
Aachen	5
Augsburg	5
Berlin	5
Braunschweig	5
Bremen	5
Bremerhaven	5
Darmstadt	5
Dortmund	5
Dresden	5
Duisburg	5
Düsseldorf	5
Frankfurt am Main	5
Fürth	5
Göttingen	5
Halle (Saale)	5
Ingolstadt	5
Jena	5
Koblenz	5
Köln	5
Krefeld	5
Magdeburg	5
Mönchengladbach	5
Mühlheim an der Ruhr	5
Münster	5
Neuss	5
Pforzheim	5
Potsdam	5
Recklinghausen	5
Regensburg	5
Reutlingen	5
Rostock	5
Solingen	5
Wiesbaden	5

Tabelle 4: Spitzengruppe Adressierbarkeit (maximale Punktzahl = 9)

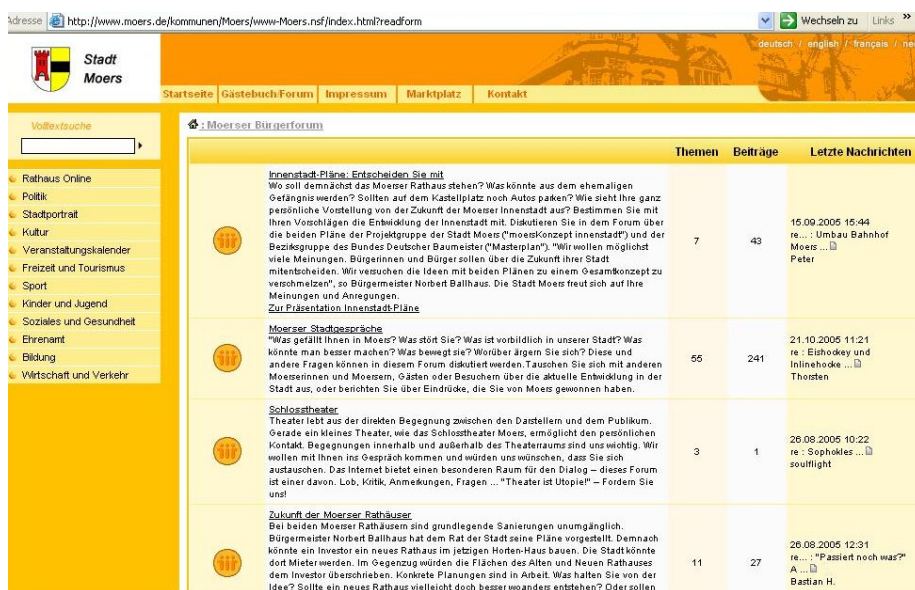
In fast allen getesteten Städten war der Oberbürgermeister (in Berlin: Regierender Bürgermeister, in Hamburg: Erster Bürgermeister, in Bremen: Bürgermeister) per Webformular oder E-Mail direkt erreichbar. Neben der Stadtspitze konnten auch in nahezu allen getesteten Städten die Verwaltungsspitzen und der Stadtrat per E-Mail oder Webformular angeschrieben werden.

Dass interaktive Kommunikationsmöglichkeiten möglich sind, zeigen die Sieger Nürnberg, Mainz und Moers. Nürnberg und Mainz bieten ihren Bürgern die Möglichkeit, mit dem Oberbürgermeister und/oder der Verwaltung im Chat über Anliegen und Probleme zu diskutieren. Ein gutes Forum bietet, wie im letzten, Jahr Magdeburg und der dritte Sieger Moers.

Insgesamt haben 18 Städte die Möglichkeit geboten, einen Chat oder ein Forum zu nutzen. In 64 Städten konnten wir jedoch keine interaktiven Kommunikationsmöglichkeiten auffinden. Einen klassischen OB-Chat haben nur die Städte Köln, Nürnberg, Mainz, Fürth und Koblenz angeboten. Dabei stößt die rege Beteiligung und der ernst gemeinte aber lockere Meinungs- austausch mit dem Stadtoberhaupt auf großes Interesse.

Grundsätzlich wird in der Kategorie Adressierbarkeit nur untersucht, ob es die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme auf der entsprechenden Stadtsite gibt. Wie und ob beispielsweise auf eine E-Mail geantwortet wird, konnte nicht getestet werden.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass kommunale Politiker und Verwaltungsspitzen mittlerweile gut über E-Mails und Formulare kontaktiert werden können, interaktive Kommunikationsangebote jedoch noch immer eine Ausnahme darstellen. Daher empfehlen wir einen deutlichen Ausbau der Interaktionsmöglichkeiten, hin zu Chat, Forum und Online-Konferenzen.



Moerser Bürgerforum

Themen	Beiträge	Letzte Nachrichten
Innenstadt-Pläne: Entscheiden Sie mit Wo soll demnächst das Moerser Rathaus stehen? Was könnte aus dem ehemaligen Gefängnis werden? Sollten auf dem Kastellplatz noch Autos parken? Wie sieht Ihre ganz persönliche Vorstellung von der Zukunft der Moerser Innenstadt aus? Bestimmen Sie mit Ihren Vorschlägen die Entwicklung der Innenstadt mit. Diskutieren Sie in dem Forum über die beiden Pläne der Projektgruppe der Stadt Moers ("moerskonzept innenstadt") und der Bezirkegruppe des Bundes Deutscher Baumeister ("Masterplan"). "Wir wollen möglichst viele Meinungen. Bürgerinnen und Bürger sollen über die Zukunft ihrer Stadt mitentscheiden. Wir versuchen die Ideen mit beiden Plänen zu einem Gesamt-konzept zu verschmelzen", so Bürgermeister Norbert Ballhaus. Die Stadt Moers freut sich auf Ihre Meinungen und Anregungen. Zur Präsentation Innenstadt-Pläne	7	43 15.09.2005 15:44 re... : Umbau Bahnhof Moers ... Peter
Moerser Stadtgespräche "Was gefällt Ihnen in Moers? Was stört Sie? Was ist vorbildlich in unserer Stadt? Was könnte man besser machen? Was bewegt sie? Worüber ärgern Sie sich? Diese und andere Fragen können in diesem Forum diskutiert werden. Tauschen Sie sich mit anderen Moerserinnen und Moersern, Gästen oder Besuchern über die aktuelle Entwicklung in der Stadt aus, oder berichten Sie über Eindrücke, die Sie von Moers gewonnen haben."	55	241 21.10.2005 11:24 re : Eishockey und Inlinehoke ... Thosten
Schlosstheater Theater lebt aus der direkten Begegnung zwischen den Darstellern und dem Publikum. Gerade ein kleines Theater, wie das Schlosstheater Moers, ermöglicht den persönlichen Kontakt. Begegnungen innerhalb und außerhalb des Theaterraums sind uns wichtig. Wir wollen mit Ihnen ins Gespräch kommen und würden uns wünschen, dass Sie sich auszusuchen. Das Internet bietet einen besonderen Raum für den Dialog – dieses Forum ist einer davon. Lob, Kritik, Anmerkungen, Fragen ... "Theater ist Utopia!" – Fordern Sie uns!	3	1 26.08.2005 10:22 re : Sophokles ... soufflight
Zukunft der Moerser Rathäuser Bei beiden Moerser Rathäusern sind grundlegende Sanierungen unumgänglich. Bürgermeister Norbert Ballhaus hat dem Rat der Stadt seine Pläne vorgestellt. Demnach könnte ein Investor ein neues Rathaus im jetzigen Horten-Haus bauen. Die Stadt könnte dort Mieter werden. Im Gegenzug würden die Flächen des alten und neuen Rathauses dem Investor überschrieben. Konkrete Planungen sind in Arbeit. Was halten Sie von der Idee? Sollte ein neues Rathaus vielleicht doch besser woanders entstehen? Oder sollen	11	27 26.08.2005 12:31 re... : "Passiert noch was?" A... Bastian H.

Abbildung 3: Gelingendes Beispiel eines Forums: Moers

7. Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit:

Licht und Schatten

Ein entscheidendes Kriterium für das Internetangebot einer Stadt hinsichtlich E-Bürgerbeteiligung ist die Offenlegung von benötigten Informationen und deren Verständlichkeit. Um auf lokaler Ebene an Entscheidungen und Diskussionen partizipieren zu können, ist die Grundvoraussetzung eine qualitativ hochwertige Darstellung und Information von Stadtrat und Verwaltung. Dazu gehört beispielsweise die Bereitstellung von Informationen zu Funktionsweise und Struktur der jeweiligen Stadt.

Wie im letzten Jahr gab es zwischen den Städten eine große Streuung in der Informationsleistung und Verständlichkeit. In dieser Kategorie konnten maximal 19 Punkte erreicht werden. Die Punktzahl schwankt zwischen äußerst dürftigen 5 Punkten und den knapp an die „Best Practice“ herankommenden Sieger mit 18 Punkten. Der Mittelwert liegt bei 9,8 Punkten. Sieger in der Kategorie Bürgerinformation ist Berlin (18 Punkte), vor Hamburg (17 Punkte) und München (16 Punkte). Schlusslichter sind mit 5 Punkten die Städte Karlsruhe, Wolfsburg, Bergisch Gladbach, Gera und Hildesheim.

Spitzenreiter in der Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit

Berlin	18
Hamburg	17
München	16
Essen	15
Kiel	15
Freiburg	15
Bremen	14
Oberhausen	14
Frankfurt am Main	14

Tabelle 5: Spitzenreiter in der Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit (maximale Punktzahl = 19)

Die Kategorie Bürgerinformation und Verständlichkeit soll in ihren wichtigsten Ausprägungen eine Ebene tiefer mit ihren Testergebnissen vorgestellt werden.

7.1 Informationsleistung der virtuellen Rathäuser: Einige gute Ansätze

Die Mehrheit der getesteten Stadtwebsites informiert über die Funktion und Struktur von Oberbürgermeister und Stadtverwaltung. Die qualitativen Unterschiede und die Menge an Informationen sind jedoch äußerst groß. Die Vorstellung einer aktuellen Agenda, politische Redemanuskripte des OBs sowie der Ausblick auf kommende Themenschwerpunkte und Entscheidungen sind mehrheitlich noch nicht vollständig anzutreffen. Nicht so beim Sieger Berlin. Hier können sich Bürger durchaus ein Bild über zukünftige Pläne, die momentane Agenda so-

wie politische Reden des OBs (hier: Regierender Bürgermeister) machen.

Die Informationsleistungen von und über den Stadtrat werden in vielen Städten über ein Ratsinformationssystem (RIS) gelöst. In der Mehrheit der Städte können interessierte Bürger Einblick in den Kalender der Ratssitzungen nehmen und Tagesordnungspunkte sowie Ausschüsse aufrufen. Das Ansehen und Herunterladen von Protokollen und Ergebnissen ist bereits weniger selbstverständlich, wenn auch noch häufig anzutreffen. Vollständige Informationen über vergangene und anstehende Entscheidungen sind nur selten abrufbar.

Viel zu selten wurden die Bürger/innen in den getesteten Städten auf den Seiten der Ratsinformationssysteme motiviert, tatsächlich an realen Stadtratsitzungen zu partizipieren und sich einzubringen.

Aktuelle Informationen oder ein Newsletter über Neuigkeiten aus der Verwaltung oder dem Stadtrat wurden in 33 Städten vorgefunden. Das heißt aber auch, 49 Städte bieten über das Internet diesen Service, der für eine Bürgerbeteiligung eminent wichtig ist, nicht an.

7.2 Verständlichkeit der Informationen – Auf gutem Weg!

Es ist nicht nur wichtig, welche Informationen im Netz stehen, sondern auch wie sie aufbereitet werden. Wünschenswert sind „bürgernahe“ und verständliche Informationen, die die Transparenz des politischen Prozesses fördern. Denn letztlich sollen über das Internet nicht nur Experten beteiligt werden, sondern auch einfache Bürger/innen. Wert wird darauf gelegt, ob es der Stadt gelingt, allgemein verständlich zu erklären, wie die Politik in ihrer Kommune funktioniert. Ein Ratsinformationssystem im Netz nutzt wenig, wenn nicht erklärt wird wie der Rat funktioniert und wo die Einflussmöglichkeiten der Bürger/innen liegen. Ein positives Beispiel liefert die Stadt Kiel.

Die meisten Städte zeigen zumindest Ansätze, Bürger/innen Informationen verständlich darzulegen. Nur wenige Städte jedoch konnten hier völlig überzeugen. Dies sind Berlin, Hamburg, Frankfurt, Wuppertal und Hannover. Zu Hannover ist einschränkend zu sagen, dass zwar überzeugend kommunale Stadtpolitik, deren Strukturen und Arbeitsweisen aufgezeigt werden, die konkrete Umsetzung der postulierten Ziele allerdings noch nicht gelungen ist.

Ein weiterer Punkt, der zur Verständlichkeit der dargebotenen Informationen beiträgt, ist die Einheitlichkeit der Darstellung. Dabei wurde getestet, ob sich Verwaltungsspitzen und Stadträte einheitlich hinsichtlich Layout und Corporate Identity präsentieren. Diese „technische“ Verständlichkeit ist vor allem für die Orientierung relevant. Dieses Testkriterium wurde von fast allen Städten mit Bravour gemeistert und kann nun als Standard lokaler Stadtpages bei Verwaltung, Oberbürgermeister und dem Ratssystem angesehen werden.

Landes-
hauptstadt Kiel 

Bürgerservice	Sitzungstermine	Wahlen	
Ämter von A - Z	Ratsversammlung	Ortsbeiräte	Satzungen & Verordnungen

Politik & Verwaltung

Die Ratsversammlung in Stichworten:

Abstimmung

Bei Abstimmungen entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit das Gesetz oder die Geschäftsordnung nichts anderes vorsehen. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. In aller Regel wird durch Handzeichen abgestimmt. Namentlich wird abgestimmt, wenn mindestens ein Drittel der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder oder eine Fraktion es beantragen oder wenn über die Abberufung der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten, beziehungsweise ihrer/seiner Stellvertretung oder die Abberufung von Stadträtinnen und Stadträten abgestimmt werden soll.

Ältestenrat

Den Ältestenrat bilden die Stadtpräsidentin als Vorsitzende oder der Stadtpräsident als Vorsitzender, ihre bzw. seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter und die Vorsitzenden der Fraktionen. Die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister und die Bürgermeisterin/der Bürgermeister nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Ältestenrates teil. Er soll vor allem eine Verständigung der Fraktionen über Zeit und Art der Behandlung wichtiger Angelegenheiten herbeiführen.

Anfragen

Jedes Ratsmitglied kann schriftlich über die Stadtpräsidentin/den

[Zurück](#)

Ratsversammlung

- Abstimmung
- Ältestenrat
- Anfragen
- Anträge
- Beschlussfähigkeit
- Bürgerentscheid/
Bürgerbegehren
- Dringlichkeit
- Einwohnerantrag
- Einwohnerfragestunde
- Fraktionen
- Hauptausschuss
- Kontrollrecht
- Niederschrift
- Oberbürgermeisterin/
Oberbürgermeister
- Öffentlichkeit
- Repräsentation

Abbildung 4: Kiel - Raterklärungen

7.3 Einladung zur Meinungsäußerung: Nachholbedarf bei vielen Städten

Neben der Informationsleistung und unabhängig von weiteren Beteiligungsangeboten wurde getestet, ob die Entscheidungsträger der Stadt auch tatsächlich die Bürger/innen zur Meinungsäußerung einladen. 38 der 82 getesteten Städte bitten die Bürger/innen um Meinungsäußerungen in Form von Lob, Kritik oder anderweitigen Anmerkungen. Das heißt aber auch, dass 44 Städte ihre Bürger/innen nicht ermutigen, Anweisungen und Hinweise an das Stadtoberhaupt, die Verwaltung oder den Stadtrat über das Internet zu geben. Eine verpasste Chance, so dass für viele Städte hier noch Nachholbedarf besteht.

8. Bürgerbeteiligungsangebote Online

Nachdem die elektronische Adressierbarkeit und die Bürgerinformation und Verständlichkeit der virtuellen Rathäuser beurteilt wurde, werden in diesem Kapitel die einzelnen im Internet gefundenen Beteiligungsangebote der Städte präsentiert. Die Adressierbarkeit und Bürgerinformation können vor allem als Basiskategorien gesehen werden. In der diesjährigen Studie wurden formelle Beteiligungsverfahren von informellen Beteiligungsverfahren unterschieden:

1. Formelle Bürgerbeteiligungsverfahren: Unter den formellen Bürgerbeteiligungsverfahren werden jene verstanden, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Dazu zählen insbesondere Verfahren im Rahmen der Bauleitplanung und der Flächennutzungsplanung.

2. Informelle Bürgerbeteiligungsverfahren: sind konsultative Verfahren, die nicht zwingend gesetzlich vorgeschrieben sind. Es handelt sich daher um nicht-verfasste Beteiligungsarten, die Politik und Verwaltung bei Fragen einsetzen, für die eine Bürgerbeteiligung nicht zwingend gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Spanne reicht von Planungsentscheidungen hin zu Leitbilddiskussionen.

Für das Ranking wurden alle formellen und informellen Beteiligungsangebote untersucht und jeweils getrennt zusammengefasst. Damit ist es möglich, sie gesondert zu bewerten und die Leistungen der einzelnen Städte auf diesem Gebiet im Internet direkt zu vergleichen.

Für die formellen und informellen Beteiligungsverfahren galten die gleichen Testkriterien, wie bei den informellen. In den Beschreibungen zu den einzelnen Testkategorien wurden jedoch spezielle Hinweise (Anweisungen) zu formellen und informellen Verfahren entwickelt.

8.1 Sieger und Ergebnisse in der Testkategorie Diskursmanagement

Das Diskursmanagement zeigt, wie ein konkretes Beteiligungsangebot in Internet vorgestellt wird und wie sich Bürger/innen daran beteiligen können. Eine hohe Punktzahl kann erreicht werden, wenn alle notwendigen Informationen zum Verfahren gegeben werden und sich die Bürgerin und der Bürger direkt durch interaktive Kommunikationskanäle über das Internet beteiligen kann.

Bei der hier präsentierten Spitzengruppe handelt es sich nicht um die Bewertung einzelner Angebote, sondern um die errechneten Mittelwerte aus formellen und informellen Beteiligungsangeboten einer gesamten Stadt (sofern vorhanden). Dabei wurden informelle und formelle Verfahren gleichwertig behandelt. Es fand keine Priorisierung statt. Eine Stadt kann durchaus ein ausgezeichnetes Online-Bürgerbeteiligungsverfahren anbieten, das durch andere, magere Angebote allerdings konterkariert werden kann. Es handelt sich dementsprechend um einen Index für das Diskursmanagement einer ganzen Stadt. Folgende Abbildung zeigt die Spitzenreiter im Bereich Diskursmanagement.

Spitzengruppe in der Kategorie Diskursmanagement

Essen	16
Berlin	14,7
Osnabrück	14
Stuttgart	14
Trier	13,5
Dortmund	13
Düsseldorf	13
Leipzig	13
Bochum	13
Krefeld	13

Tabelle 6: Spitzengruppe in der Kategorie Diskursmanagement (maximale Punktzahl = 18)

Der Sieger Essen war besonders vorbildlich in der formellen Bürgerbeteiligung. Im Beteiligungsformular wurde beispielsweise festgehalten, dass eine automatische Empfangsbestätigung versendet wird und man seine Anregung ausdrücken kann. Auch ist dem Bürger und der Bürgerin überlassen, ob sie ihre Anregung anonym oder nicht anonymisiert vorbringen möchte.

Über das Abwägungsergebnis Ihrer Stellungnahme werden Sie im weiteren Verfahren unaufgefordert informiert.

Ihr Name und Ihre Anschrift werden in den Drucksachen für die öffentlichen Sitzungen des Rates, der Ausschüsse und der Bezirksvertretungen nur dann aufgeführt, wenn Sie dies ausdrücklich gestatten.
Ohne ausdrückliche Zustimmung erfolgt eine anonymisierte Wiedergabe Ihrer Stellungnahme. Die personenbezogenen Daten werden nur für Zwecke weiter verarbeitet, für die sie erhoben bzw. erstmals gespeichert worden sind (gem. Datenschutzgesetz).

Ich bin mit der Namensnennung einverstanden.

Ich stimme der elektronischen Verarbeitung meiner persönlichen Daten und meiner Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und Abwägung innerhalb des Planungsvorhabens zu.

Einverständniserklärung:

Nach Ihrer Beteiligung (Button 'beteiligen') erhalten Sie automatisch eine Eingangsbestätigung und die Möglichkeit, Ihre Anregung auf der Folgeseite auszudrucken.

Abbildung 5: Ausschnitt aus dem Beteiligungsformular zur Bauleitplanung von Essen

Auch in Berlin können sich Bürgerinnen und Bürger Online zu verschiedensten Themenbereichen informieren und beteiligen. Positiv an Berlin ist, dass auch Online-Dialoge angeboten werden, eine Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger sich zu vernetzen und Gleichgesinnte zu finden.

In Osnabrück können Bürgerinnen und Bürger Online eigene Tagesordnungspunkte zu den Bürgerforen der Stadt einbringen und das bequem mit Hilfe eines Online-Formulars. Die Protokolle der Bürgerforen können dann wieder Online im Internet eingesehen werden, damit auch die Statements aus Politik und Verwaltung. Hier ist eine sehr einfache aber positive Verknüpfung aus Online- und Offline-Beteiligung realisiert. Zu aktuellen Bauleitplanverfahren können in Osnabrück auch Stellungnahmen Online vorgebracht werden.

Positiv fiel auch das Beteiligungsformular von Stuttgart für die Bauleitplanung auf. Auch hier erhält man bei Angabe seiner E-Mail-Adresse eine Kopie der erzeugten Mitteilung. Solche Details machen den Unterschied, da die Bürger und Bürgerinnen sich versichern können, dass ihre Daten wirklich an der richtigen Stelle landen und sie erfahren mit welchen Standards sie behandelt werden.

In Hamburg gab es ein sehr gutes Beteiligungsangebot (Familienfreundlicher Wohnort Hamburg), das in Sachen Diskursmanagement eine Position unter den Spitzenreitern mühelos erreichte. Allerdings schnitten die anderen Beteiligungsangebote nicht ganz so gut ab, so dass Hamburg insgesamt im Diskursmanagement in diesem Jahr keine Spitzenposition einnehmen konnte. Die Online-Diskussion „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ zeigt allerdings, wie ein Verfahren im Internet angeteasert werden kann. Von hamburg.de wurde direkt mit einem Banner auf das Angebot verlinkt. Das ist die Ausnahme. In vielen Fällen erhielten wir den Eindruck, dass Bürgerbeteiligungsangebote (gerade im Rahmen der Bauleitplanung) eher versteckt werden. In Sachen Auffindbarkeit war „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ ohne Konkurrenz der Spitzenreiter.



Abbildung 6: Hinweis zur Online-Diskussion „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ auf hamburg.de

8.2 Formelle Bürgerbeteiligung: Noch kein Standard

Insgesamt gab es in 48 der 82 untersuchten Städte Hinweise zu Verfahren der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung. In 17 Städten konnten im Untersuchungszeitraum Online (durch E-Mail oder Formular) direkt Anregungen zu aktuellen Bauleitplan- und Flächennutzungsplanverfahren vorgebracht werden.

Die Möglichkeit, sich mit einem Online-Formular an der aktuellen Bauleit- und Flächennutzungsplanung zu beteiligen und das Vorhandensein aller dazu notwendigen Informationen setzt jene Städte unter Druck, die sich darauf zurückziehen, dass E-Mail keinen sicheren Transfer erlaubt und keine Informationen zu den aktuellen Verfahren ins Netz stellen. Vielfach geben die Städte lediglich lapidare Hinweise auf die Ortsüblichkeit und verweisen auf Amtsblatt und Lokalpresse. Aus „organisatorischen“ oder rechtlichen Gründen versagen sie sich einer direkten Beteiligung per E-Mail oder Formular. Positiv fällt jedoch auf, dass häufig das Verfahren der Bauleitplanung erklärt wird.

8.3 Informelle Verfahren – Im Internet noch die Ausnahme

Informelle Verfahren wurden in insgesamt 13 der 82 untersuchten Städte im Untersuchungszeitraum angeboten. Sicherlich ist unser Test nur eine Momentaufnahme. Einige Städte boten einen Online-Fragebogen zur Nutzung der städtischen Friedhöfe an. In Hamburg, Berlin und Ingolstadt wurden jeweils interessante Angebote im Internet präsentiert. In Hamburg gab es eine Online-Diskussion zum Familienleben, der in einen Bürgerleitfaden Familienfreundlicher Wohnort Hamburg münden soll. In Berlin konnten sich Bürger/innen im Internet mit dem Haushalt des Bezirkes Lichtenberg beschäftigen und Vorschläge unterbreiten. In Ingolstadt konnten Bürgerinnen und Bürger Anregungen zum Thema „Stadt und Donau“ vorbringen. In Pforzheim wurde die Diskussion um den demografischen Wandel und die Entwicklung von Zielen in das Internet-Stadtforum integriert.

Diese Beispiele sind positiv, da hier tatsächlich auf die Kommunikationsmöglichkeiten des Internets konsequent gesetzt wird. Leider sind solche Angebote bislang noch Ausnahmen.

8.4 Ergebnisse in der Kategorie Einfluss auf Entscheidungen

Neben dem Diskursmanagement spielt bei Beteiligungsverfahren eine gewichtige Rolle, inwieweit den Teilnehmern erklärt wird ob und wie ihre Anregungen in den weiteren Entscheidungsprozess eingehen. In unserem Kriterienkatalog wurden dazu einige Testkategorien entwickelt, die eben diesen Einfluss auf Entscheidungen messen sollten. Regensburg ist Sieger, weil es in allen Teilkategorien punkten konnte. Allerdings bezieht sich dieser Wert nur auf ein einziges Angebot.

In Berlin wird der Einfluss auf Entscheidungen von Online-Bürgerbeteiligung durchweg deutlich gemacht. Auch in Osnabrück und Essen, sowie Augsburg wird den Bürgerinnen und Bürgern klar gemacht, wie ihre Anregungen in den Entscheidungsprozess eingehen. Da es sich auch hier wieder um Mittelwerte handelt, können einzelne sehr gute Angebote nicht das Nicht-Vorhandensein anderer Angebote wettmachen. Die Zahl ist vor allem als ein Indikator für die Kommunikation eines Einflusses auf die Entscheidung zu betrachten. In die Spitzengruppe gingen jene Städte ein, die mehr als 50% erhielten.

Spitzenreiter im Bereich Einfluss auf Entscheidungen

Regensburg	7
Berlin	6,3
Osnabrück	6
Essen	6
Augsburg	6
München	5
Duisburg	5

Tabelle 7: Spitzenreiter in der Kategorie Einfluss auf Entscheidungen (max. Punktzahl = 9)

Prinzipiell fiel auf, dass es bei den Städten eine deutliche Zurückhaltung hinsichtlich des Einflusses von Anregungen auf die Entscheidung gibt. Zum einem ist es richtig, dass die letztendliche Entscheidung immer bei den Entscheidungsträgern liegt. Andererseits liegt hier auch eine Chance, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Entscheidungen herbei zu führen und die Möglichkeiten der Einflussnahme deutlicher vorab zu zeigen.

9. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Adressierbarkeit: Interaktive Kommunikation ausbauen

Grundsätzlich ist die Adressierbarkeit der Amtsträger einer Stadt via E-Mail gewährleistet. Dieser gute Standard ist zunächst loblich, ein Fragezeichen steht hinter dem tatsächlichen Antwortmanagement, dass anhand dieser Studie nicht überprüft wurde. Schwächen weisen fast alle Städte bei interaktiven Kommunikationsmöglichkeiten auf. Gerade hier ergeben sich aber lukrative Möglichkeiten. Bürger/innen stehen einem spannenden und intensiven Austausch sehr wohlwollend gegenüber und neue Zielgruppen, die auf herkömmlichen Bürgersprechstunden nur schwerlich zu finden sind, lassen sich für diese Art der Kommunikation begeistern. Abgucken ist bei den Vorreitern in Sachen Chat und Foren, zum Beispiel in Nürnberg, Mainz und Moers, durchaus erlaubt! Der Druck auf jede Bürger- E-Mail adäquat und schnell zu antworten, kann durch Foren oder Online-Konferenzen erheblich reduziert werden. Ein tatsächlicher Dialog lässt die Wertschätzung der Bürgerinteressen steigen und erhöht durch seine Transparenz die Anerkennung der Amtsträger.

Fazit: Die Adressierbarkeit ist nicht das „Sorgenkind“ der E-Bürgerbeteiligung. Qualitative Verbesserungen von E-Mail hin zu Chat und Foren sind aus Sicht der Bürger als auch der Regierenden sinnvoll.

Bürgerinformation: Verständlichkeit fördern und Informationen verstärken

Dass in Sachen Bürgerinformation und Verständlichkeit viel möglich ist, zeigt der Sieger Berlin. Verbesserungswürdig ist in sehr vielen Städten, die Nicht-Thematisierung der aktuellen Agenda und der Ausblick auf kommende Themenschwerpunkte und Vorhaben. Gerade diese Sachverhalte können Bürger/innen aber motivieren, Entscheidungen mit zu tragen oder auch frühzeitig durch interaktive Kommunikationsmöglichkeiten konstruktiv zu kritisieren. Hier wird eine große Chance vertan, Bürger „mit ins Boot zu nehmen“.

Ratsinformationssysteme (RIS) versuchen auf Seiten des Stadtrates dem entgegenzuwirken. Ein sinnvoller Ansatz, aber die so genannten RIS sind für Außenstehende nicht per se verständlich. Zudem fehlen teilweise Protokolle der Sitzungen mit Ergebnissen oder Redemanuskripten. Vollständige transparente Informationen, um adäquat über Diskussionen und Ent-

scheidungen Bescheid zu wissen, sind leider noch nicht die Regel. Eine redaktionelle Aufbereitung oder zumindest ein Mehr an Informationen, wie Politik in der Stadt funktioniert, wäre wünschenswert. Uns ist dabei durchaus bewusst, dass die finanzielle Situation ein nicht zu unterschätzender Einflussfaktor ist.

Dennoch ist die finanzielle Situation nicht unbedingt ein Hindernis dafür, dass Entscheidungsträger ihre Mitbürger/innen um Anregungen und Kritik bitten. Allgemein könnte eine höhere Empfänglichkeit für Äußerungen der Bürger/innen, die mit einem guten Kommunikationsmanagement bearbeitet wird (moderierte Foren, Chats, themenzentrierte Echtzeit-Konferenzen), auch die Reputation der Entscheidungsträger der Stadt positiv fördern.

Positiv ist aufgefallen, dass die Mehrheit der Städte die Orientierung, die zur Verständlichkeit der Informationsaufnahme dazugehört, durch ein einheitliches Layout fördert.

Fazit: Die Städte sind unterschiedlich stark bemüht, ihren Bürger/innen verständliche Informationen für die politische Teilhabe an kommunalen Entscheidungsprozessen vorzustellen. Viele Städte zeigen hier deutliche Schwächen. Neben der mehrheitlich guten „technischen“ Verständlichkeit, mangelt es noch an politisch gewinnbringenden Informationen für Bürger/innen. Ausbaufähig ist zudem die Einladung zur Meinungsäußerung, kurzum dem Kommunikationsmanagement.

Bürgerbeteiligung über das Internet anbieten

Bürgerbeteiligungsverfahren im Internet sind noch immer die Ausnahme. Selbst die formelle Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleit- und Flächennutzungsplanung ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Einige sehr gelungen informelle Beteiligungsverfahren können nicht darüber hinweg täuschen, dass echte E-Partizipation auch im Jahr 2005 weitgehend nicht stattfindet.

Die guten Beispiele beweisen, dass sich Bürgerbeteiligung mit dem Internet lohnt. Die Diskussionen bewegten sich auf einem hohen Niveau. Ein Blick über Deutschland hinaus zeigt, dass Internet-Diskurse mittlerweile als Instrument zur Bürgerbeteiligung angewendet werden – und das mit positiven Ergebnissen. Bürgerinnen und Bürger haben neben Informations- und Dienstleistungsanliegen (Meldewesen) auch Partizipationsanliegen. Die geeigneten Instrumente und das Wissen liegen vor. Einer Weiterentwicklung der Schieflage zwischen E-Administration und E-Partizipation sollte nun forciert entgegen getreten werden.

Mit einem Webtest kann selbstverständlich nicht die Öffentlichkeitsarbeit einer Stadt untersucht werden. Genauso wenig konnten wir die Berichterstattung der lokalen Medien zu den

laufenden Bürgerbeteiligungsverfahren analysieren. Unsere Tester sind auf keine Bürgerversammlung gegangen und haben auch nicht im Detail verfolgt, was mit einer Online vorgebrachten Anregung geschieht. Hierin liegen die Grenzen der Studie. Allerdings sind die Websites deutscher Großstädte und ihre virtuellen Rathäuser die erste Anlaufstelle für ihre Bürgerinnen und Bürger. Diese Exklusivität bietet große Chancen Politik und Verwaltung transparent zu präsentieren, aktuelle Informationen bürgernah aufzubereiten und eine kontinuierliche, aktive Partnerschaft mit den Bürgerinnen und Bürgern zu etablieren.

10. Über die Initiative eParticipation

Die Initiative eParticipation ist ein Netzwerk von wissenschaftlichen Institutionen und innovativen Dienstleistern, die das gemeinsame Ziel eint, E-Participation als sinnvolles Mittel zur Lösung zahlreicher Probleme im politischen und gesellschaftlichen Feld zu etablieren und zu fördern. Die Initiative tritt für mehr Bürgerbeteiligung im Internet ein. Mit dieser Studie haben wir das Ziel verfolgt, mit einem klaren und nachvollziehbaren Kriterienkatalog die Websites von Städten zu untersuchen. Es ging uns auf keinen Fall darum, die Kriterien im Hinblick eigener Projekte zu entwickeln, sondern mit einem transparenten und unparteiischen Testbogen alle Angebote gleichermaßen zu untersuchen.

Autorenteam

Marco Bräuer, Diplom-Medienwissenschaftler

Thomas Biewendt, M.A.

11. Kontaktdaten und Ansprechpartner

URL: <http://www.Initiative-eParticipation.de>

Sprecher der Initiative: Hans Hagedorn

eMail: hagedorn@initiative-eparticipation.de

Telefon: 030 - 6162 1906

Fax: 030 - 6162 3681

Postanschrift:

Initiative eParticipation

c/o Zebralog e.V.

Technologie- und Innovationspark

Voltastr. 5, Haus 10, Aufzug 6

13355 Berlin



binary objects - web-software

Seit 1995 besteht das Team, das heute den Kern von binary objects bildet.

Bereits 1996 wurde die Entwicklung des mehrfach preisgekrönten

Stadtinformationssystems von Münster/NRW beratend sowie mit

Programmierungen und Schulungsmaßnahmen begleitet und eines der

ersten deutschen Online-Bürgerbeteiligungsprojekte im Rahmen des dortigen Bürgernetzvereins unterstützt. Es folgten Beratungs-, Software- und Web-Design-Projekte in NRW für Forschung und Lehre, Verwaltungen und Unternehmen. 2002 wurde ein weiterer Standort in Berlin eröffnet. Unter der Firmierung „binary objects“ liegen die Schwerpunkte seitdem besonders in den Bereichen semantische Netze, automatisierte Informationsfilterung, Barrierefreiheit, soziale Interaktionssysteme (insb. Online-Diskurse) sowie Interface-Design zur Darstellung komplexer Informationsmengen. Seit dem Jahr 2001 entwickelt binary objects die Software "discourse-machine", ein speziell für Internet-Bürgerbeteiligungsverfahren konzipiertes Forensystem, welches ein Höchstmaß an inhaltlicher Strukturierungsfreiheit bietet und mächtige Funktionen zur Steuerung und Auswertung der Dialoge. Besonderes Augenmerk liegt auf der Verdichtung der durch die Benutzer eingestellten Inhalte, um aussagekräftige Dialog-Ergebnisse herausarbeiten zu können.

Referenzen aus dem Bereich E-Participation:

Kulturforum

Im Juni 2004 ist im Auftrag des Berliner Senats und in Kooperation mit dem zebra-log e.V. der „Kulturforum-Dialog“ online gegangen. Mit der discourse-machine konnten die Bürgerinnen und Bürger Berlins über das neben dem Potsdamer Platz gelegene Kulturforum-Areal diskutieren. URL: <http://www.kulturforum-dialog.de>

Bürgerhaushalt Lichtenberg

Für den Berliner Bezirk Lichtenberg wurde 2005 im Rahmen eines Bürgerhaushaltes eine Internet-Plattform realisiert. Die Bürger hatten die Möglichkeit Änderungsvorschläge zum Haushalt einzureichen, die Vorschläge zu bewerten und daraus einen eigenen Haushaltsentwurf zusammenzustellen. URL: <http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de>

URL: <http://www.binary-objects.de>

Ansprechpartner: Matthias Rehkop

eMail: rehkop@binary-objects.de



Ingenieurgesellschaft entera - Planung und Informations-technologie

Die Arbeit von entera ist durch eine enge Verzahnung von klassischen Planungsaufgaben, Forschungsarbeiten und spezialisierter Software-Entwicklung gekennzeichnet. Dadurch lassen sich für alle drei Bereiche wertvolle Synergieeffekte erzielen. So werden Softwareentwicklungen geschaffen und Forschungsergebnisse erzielt, die durch ihre hohe Relevanz für die planerische Praxis schnell Eingang in die praktische Arbeit von Behörden und Planungsbüros finden. Gleichzeitig werden Planungsaufgaben mit Hilfe moderner EDV-Werkzeuge gelöst und den Auftraggebern in digitaler Form auf transportablen Medien oder im Internet zur Verfügung gestellt. Die Auftraggeber von entera sind überwiegend Fach- und Verwaltungsbehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. entera ist bundesweit und auch international aktiv, hat aber einen Schwerpunkt in Norddeutschland. Der Hauptsitz des Unternehmens ist Hannover mit einer Niederlassung in Kiel.

Beteiligung-Online

Vor dem Erfahrungshintergrund selbst durchgeführter Beteiligungsverfahren wurden von entera erste Konzepte für eine internetgestützte Beteiligungsplattform bereits im Jahr 2002 entwickelt. Im Rahmen eines Forschungsvorhabens konnten diese dann in Zusammenarbeit mit der Universität Hannover weitergeführt, umgesetzt und in der Praxis erprobt werden. Auf der Basis der Ergebnisse des Forschungsvorhabens wurde Beteiligung-Online entwickelt: Eine universell einsetzbare, internetbasierte und datenbankgestützte Plattform für die Durchführung von Beteiligungsverfahren z.B. in der Regional- und Landesplanung, Raumordnung und Bauleitplanung.

Beteiligung-Online integriert alle drei Phasen von Beteiligungsverfahren innerhalb einer homogenen Anwendung:

- Bereitstellung der Planungsunterlagen
- Erstellung der Einwendungen, Anregungen und Bedenken
- Durchführung des Abwägungsprozesses

URL: <http://www.entera.de>

Ansprechpartner: Tilmann Schulze-Wolf

eMail: schuwo@entera.de



Fraunhofer Institut AIS - Wissen & Kommunikation

Im Trend liegt der Ausbau von Innovations- und Ideenmanagement in großen Unternehmen wie auch in öffentlichen Institutionen. Zunehmend werden nicht nur ausgesuchte Experten, sondern jeder Mitarbeiter, Kunde oder Bürger als potenzielle Ideengeber eingeladen. In Form von Ideenwettbewerben, Kundenintegration zur Produktverbesserung oder Bürgerforen, etwa in der Stadt-, Regional- oder Haushaltsplanung (Bürgerhaushalte). Auch betriebsintern, um mittels themenzentrierter Kommunikation bislang ungenutzte Potenziale zur Verbesserung von Prozessen und Produkten auszuschöpfen. Das Fraunhofer Institut Autonome Intelligente Systeme (AIS) bietet medien-unterstützte Verfahren, mit deren Hilfe sehr viele Teilnehmer unter der Leitung eines Online-Moderators zeit- und ortsunabhängig interagieren können. Diese Verfahren ersetzen bisherige kostenintensive Zusammentreffen von Personen oder ergänzen diese sinnvoll. AIS berät und konzipiert diese Verfahren entsprechend der individuellen Kundenwünsche und vorhandener technischer Infrastrukturen. Zielsetzung ist immer, dass unsere Kunden unsere Instrumente selbstständig einsetzen können. Des Weiteren profitieren unsere Kunden von unseren Erfahrungen und Referenzen, von unserer Produktneutralität hinsichtlich einsetzbarer Medien und Moderationsmethoden, von unserem Wissen über verfügbare Medientechnologien sowie von unseren Kompetenzen hinsichtlich Organisationsanalyse, Verfahrensgestaltung und Medienabstimmung.

URL: <http://www.ais.fraunhofer.de>

Ansprechpartner: Oliver Märker

eMail: oliver.maerker@ais.fraunhofer.de



Fraunhofer eGovernment
Zentrum

Fraunhofer eGovernment Zentrum

Das Fraunhofer eGovernment Zentrum ist die Anlaufstelle für alle Akteure aus dem Bereich eGovernment. Die Kompetenzen sind vielfältig und generisch miteinander verflochten. Erfahrungen im Anwendungsbereich Verwaltung und Politik verbunden mit genauesten Kenntnissen der Basistechnologien ergeben das Leistungsportfolio aller im Zentrum vereinigten Fraunhofer Institute. Das Fraunhofer eGovernment Zentrum berät Politik, Verwaltung und Wirtschaft bei der Konzeption und in der strategischen Entwicklung von eGovernment sowie bei der Umsetzung von Standards. Beratung und Lösungsentwicklungen erfolgen eng an den Bedürfnissen des Anwendungsbereiches.

Das Fraunhofer eGovernment Zentrum ist unabhängig von hersteller-spezifischen Lösungen und politischen Entwicklungen.

URL: <http://www.egov-zentrum.fraunhofer.de/>

Ansprechpartner: Oliver Märker

eMail: oliver.maerker@ais.fraunhofer.de

**politik-digital.de**

politik-digital.de wurde 2001 mit dem 'Grimme-Online- Award Medienkompetenz' ausgezeichnet.

politik-digital.de erhielt zudem den 'Alternativen Medienpreis 2003' in der Sparte 'Internet'. In den Jahren 2001 und 2003 wurde politik-digital.de vom amerikanischen Internetdienst 'PoliticsOnline' zu den '25 Who Are Changing the World of Internet and Politics' gezählt. pol-di.net e.V. ist ein digitaler Think-Tank in der europäischen Informationsgesellschaft. Als europaweiter Verein konstituiert, betreibt pol-di.net seit dem Jahr 1998 unter der Adresse www.politik-digital.de Deutschlands führende unabhängige Informations- und Kommunikationsplattform zum Thema Internet und Politik. Anderen von politik-digital.de entwickelte und betriebene Websites sind www.gipfelthemen.de zum UN-World Summit on the Information Society, www.ich-gehe-nicht-hin.de und www.kand-o-mat.de zum Bundestagswahlkampf 2005, der Metablocker www.politikdigital.de/metablocker oder das Weblog des Abgeordneten Jakob Maria Mierscheid (www.politik-digital.de/mierscheid).

In enger Zusammenarbeit mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt pol-di.net Lösungen für die aktuellen Herausforderungen der Informationsgesellschaft und begleitet diese aktiv. Neben dem journalistischen Angebot und Internet-Chats mit bekannten Politikern bietet pol-di.net e.V. Beratung und wissenschaftliche Expertise bei Studien und Untersuchungen im Bereich Politik, Kommunikation und Internet. Aktuell führt politik-digital.de zudem eine regelmäßige Live-Chatreihe für tagesschau.de durch. Unter den ca. 300 Chat-Gästen bei politik-digital.de waren u.a. Johannes Rau, Wolfgang Thierse, Angela Merkel, Renate Künast, Gregor Gysi oder Guido Westerwelle. Wissenschaftliche Arbeiten wurden unter anderem in Kooperation mit oder im Auftrag des Deutschen Bundestages, der Bertelsmann-Stiftung, Accenture Unternehmensberatung, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Zentrum für Medien und Interaktivität an der Universität Gießen, dem Hessischen Rundfunk oder der Initiative D21 gefertigt.

URL: <http://www.politik-digital.de>

Ansprechpartner: Christoph Dowe

eMail: cdowe@politik-digital.de



Die TuTech Innovation GmbH

Die TuTech Innovation GmbH wurde 1992 von der Technischen Universität Hamburg-Harburg gegründet. Mit der Zusammenführung von TuTech und dem Technologie-Beratungs-Zentrum Hamburg (TBZ) im Frühjahr 1997 entstand in Hamburg eine Technologietransfer- und Beratungseinrichtung, die über die Technische Universität hinaus Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft aktiv unterstützt und Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und die öffentliche Verwaltung kompetent und umfassend berät. TuTech verfolgt dabei vor allem folgende Ziele:

- Förderung des Technologietransfers
- Implementierung von neuen Technologien aus der Hochschule in die Wirtschaft
- Entwicklung und Aufbau regionaler Technologiezentren in Kooperation mit wissenschaftlichen Instituten und Unternehmen
- Technologieberatung und Innovationsförderung
- Weiterbildung zu Technologie- und Technologiemanagementthemen

Die TuTech-Abteilung Interaktive Kommunikation (IK) hat sich auf die Kommunikationsberatung für Neue Medien spezialisiert, die den gesamten Bereich von der Strategieentwicklung bis zur Realisierung interaktiver Anwendungen im Internet umfasst. Im Bereich elektronischer Bürgerbeteiligung hat TuTech/IK unter anderem das europäische Forschungs- und Entwicklungsprojekt DEMOS geleitet. DEMOS steht heute sowohl für eine innovative Software als auch für ein Verfahren zur Durchführung zielorientierter Diskurse im Internet. Mit Hilfe von DEMOS konnte in Hamburg eines der bisher erfolgreichsten Projekte elektronischer Partizipation realisiert werden.

Neben der Konzeption und Durchführung internetbasierter Beteiligungsverfahren bietet TuTech/IK auch Schulungen und Workshops in den Bereichen E-Government, E-Democracy, E-Participation und E-Learning an. TuTech/IK konzipiert und koordiniert darüber hinaus nationale und europäische Forschungs- und Entwicklungsprojekte und berät Kunden und Partner bei der Akquisition öffentlicher Fördermittel.

URL: <http://www.tutech.de/IK>

Ansprechpartner: Rolf Lührs

eMail: luehrs@tutech.de

wegewerk >**wegewerk - neue medien neue politik**

wegewerk ist eine Agentur für Online-Relations mit Sitz in Berlin und Brüssel. Unter Online Relations versteht das Unternehmen die gesamte Bandbreite moderner Kommunikation in elektronischen Medien, alle Mittel und Möglichkeiten, die jederzeit direkte Interaktion zwischen seinen Kunden und ihren jeweiligen Zielgruppen erlauben.

wegewerk entwickelt im fünften Jahr Kampagnen, realisiert Websites, programmiert Software und erstellt redaktionelle Inhalte. Das Angebot reicht von der Analyse der Ausgangssituation über die Planung kommunikativer Maßnahmen, die Kreation und Entwicklung geeigneter Anwendungen bis hin zur Betreuung des laufenden Betriebes. Die besondere Kompetenz von wegewerk liegt in der attraktiven Vermittlung komplexer Inhalte. Dazu gehört die Organisation von Online-Dialogen, Meinungserhebungen und Entscheidungsprozessen. Die Agentur gilt als Experte für „barrierefreies“ Webdesign und konnten ihren technischen Sachverstand wiederholt bei komplexen Projekten unter Beweis stellen. wegewerk berät nach Bedarf, bietet jedoch auch eigene e-Partizipations-Lösungen:

- wwProCon: Eine Software für Online-Debatten, bei der konkrete Vorschläge diskutiert werden und Beiträge nach Pro und Contra sortiert angezeigt werden. Die Beiträge werden in Kern-Argumente und ausführliche Kommentare unterschieden. Dabei entsteht Stück für Stück ein grafischer Überblick zum Stand der Debatte.
- wwQuest: eine Lösung für virtuelle Interviews oder Pressekonferenzen, bei der Fragen vorab gesammelt und durch die User über Punktvergabe und Punktabzug nach Relevanz bewertet werden können, so dass sich aus der Punktzahl ein Ranking der besten Fragen ergibt. Dies bietet eine basisdemokratische Alternative zu einem Chat, bei der sich die Redaktion die Auswahl der Fragen vorbehält.

Daneben vertreibt wegewerk NetConferencePlus, eine umfassende Internetlösung für demokratische Entscheidungsprozesse, bei der Vorschläge in mehreren Stufen durch Debatte, Änderungsvorschläge und Abstimmungen weitergereicht werden. Das Besondere ist, dass die Teilnehmer ihr Stimmrecht flexibel delegieren können, so dass aktiven Diskutanten eine höhere Legitimation zukommt.

URL: <http://www.wegewerk.de>

Ansprechpartner: Juri Maier

eMail: juri.maier@wegewerk.de



medienübergreifende dialoge

Zebralog – medienübergreifende Dialoge

Zebralog unterstützt moderne Dialog-basierte Entscheidungsprozesse in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es ist unser Ziel, die Beziehungen und den Wissensaustausch zwischen Politik und Bürgern, zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu stärken. Die Mitglieder von Zebralog e.V. gehören zu den ersten in Deutschland, die das interaktive Potenzial des Internet für Bürgerbeteiligungen nutzen. So greifen wir bei der Auswahl der technischen Plattform, bei der Einbettung der Dialoge, bei der Teilnehmerwerbung und bei der Moderation der Diskussionen auf ein langjähriges Methodenwissen zurück. Darüber hinaus stehen wir auch beratend bei der Planung und Durchführung von Online-Dialogen, als Trainer für Online-Moderatoren und als wissenschaftliche Gutachter und Evaluatoren zur Verfügung.

Referenzprojekte:

- 2005: Online-Dialog Bürgerhaushalt Lichtenberg
(Bezirksamt Lichtenberg von Berlin)
- 2005: Online-Dialog Gleisdreieck
(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin)
- 2004/05: Online-Dialog Kulturforum Berlin
(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin)
- 2004: Studie "Möglichkeiten netzbasierter Kommunikation für Parlamente"
(Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag)
- 2004: Moderation "Planung verbindet"
(Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main; Fraunhofer Institut AIS)
- 2004: Coaching für Online-Diskurs des BMZ
(Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
- 2003: Moderation "Esslinger Haushalt im Dialog"
(Stadt Esslingen, Fraunhofer Institut AIS)
- 2003: Online-Dialog "Interaktive Bürgerbeteiligung Berlin Alexanderplatz"
(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin)
- 2002: Moderation "Wachsende Stadt Hamburg"
(TuTech Innovation; Stadt Hamburg)
- 2001: Online-Dialog Bebauungsplan Esslingen-Zell
(Stadt Esslingen)

URL: <http://www.zebralog.de>

Ansprechpartner: Hans Hagedorn

eMail: dialog@zebralog.de

12. Literatur

AGOF (2005): Internet Facts. Berichtsband- Zusammenfassung zur internet facts 2005-II. Online im Internet: URL: <http://www.agof.de> [10.10.2005].

Baumann, Frank/Detlefsen, Malte/Iversen, Sven/Vogelsang, Lars (2004). Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungprozessen in Deutschland. Veränderte Rahmenbedingungen, Praktiken und deren Auswirkungen. Online im Internet: URL: <http://www.bueroblau.de/pdf/TendenzBuerger.pdf> [10.10.2005].

Becker, Cornelia/Dopfer, Jaqui (2004): Neue Medien in der Öffentlichkeitsbeteiligung bei behördlichen Entscheidungsprozessen. Erste Ergebnisse und Vorschläge aus der Praxis. Online im Internet: URL: http://www.fbsuk.fh-darmstadt.de/fileadmin/dokumente/berichte-forschung/2004/Becker_Dopfer_ePP.pdf [10.10.2005].

Bertelsmann Stiftung (2001): Balanced E-Government. Elektronisches Regieren zwischen administrativer Effizienz und bürgernaher Demokratie. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Online im Internet. URL: <http://www.begix.de/> [10.10.2005].

Coleman, Stephen/Götze, John (2001): Bowling Together: Online Public Engagement in Policy Deliberation. Online im Internet. URL: <http://www.bowlingtogether.net> [10.10.2005].

Eimeren, Birgit van/Frees, Beate (2005): Nach dem Boom: Größter Zuwachs in Internet. In: Media Perspektiven 8/2005, S. 362-379.

Hart, Thomas/Pflüger, Frank (Hrsg.) (2004): Neue Medien und Bürgerorientierung. Online im Internet. URL: <http://www.begix.de/> [10.10.2005].

Hart, Thomas (2004) Skepsis folgt der Euphorie. In: Kommune 21, Ausgabe 12/2004, S. 48-50.

Initiative eParticipation (2004): Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2004. Ein Website Ranking. Online im Internet. URL: <http://www.initiative-eParticipation.de> [10.10.2005].

Märker, Oliver/Trénel Matthias/Poppenborg, Annika (2003): Ungenutztes Wissen. In: Kommune 21, Ausgabe 9/2003, S. 18-19.

Wienhöfer, Elmar/Kastenholz, Hans/Geyer, Thomas (2002): Bürgerbeteiligung im Internet. Möglichkeiten und Grenzen elektronischer Demokratie. Nr.207/Februar 2002. Bürgergutachten. Online im Internet. URL: <http://www.ta-akademie.de/deutsch/bestellungen/textelk/ab207.pdf?SID=1797767> [10.10.2005].